

## "Eine Frage von Jahrzehnten" in Frankfurter Allgemeine Zeitung (2. Januar 2007)

**Quelle:** Frankfurter Allgemeine Zeitung. 02.01.2007. Frankfurt/Main.

**Urheberrecht:** (c) Frankfurter Allgemeine Zeitung GmbH

All rights reserved. Provided by Frankfurter Allgemeine archiv.

**URL:** [http://www.cvce.eu/obj/"eine\\_frage\\_von\\_jahrzehnten"\\_in\\_frankfurter\\_allgemeine\\_zeitung\\_2\\_januar\\_2007-de-52b6aff7-44f9-40f7-97f1-0a2d282e04f3.html](http://www.cvce.eu/obj/)

**Publication date:** 19/09/2012

## Rumänien und Bulgarien feiern den EU-Beitritt

### Eine Frage von Jahrzehnten

#### Schwierige Aufgaben für Sofia und Bukarest

Von Michael Martens

SOFIA, 1. Januar. Auch nachdem aus der Hoffnung auf einen EU-Beitritt Gewissheit geworden war, hat sich in Bulgarien und Rumänien nichts daran geändert, dass „Brüssel“ bei den Wählern mehrheitsfähig ist. Weil das in der EU seit dem europäischen Wetterumschwung nach den gescheiterten Verfassungsreferenden in Frankreich und den Niederlanden nicht mehr unbedingt galt, war die Erleichterung der Eliten in Sofia und Bukarest spürbar, als in diesem Herbst der pünktliche Beitritt der Balkanstaaten zum 1. Januar 2007 endlich feststand.

Immer rauher war das Klima im Laufe des Beitrittsprozesses geworden, und manche Politiker in Bukarest und Sofia beschwerten sich intern, die EU messe mit zweierlei Maß: Schließlich werde Süditalien bis heute nicht allen Standards gerecht, die zu erfüllen man von ihren Ländern verlange, und auch Griechenland hätte 1981 der Europäischen Gemeinschaft schwerlich beitreten dürfen, wäre es so streng beurteilt worden wie zweieinhalb Jahrzehnte später dessen Nachbarn im Norden. Solche hinter vorgehaltener Hand geäußerten Stoßseufzer waren allerdings nur von den Regierenden zu hören. Die Regierten, von fast schon reflexartigem Misstrauen in die Integrität ihrer Politiker und Institutionen, haben es durchaus begrüßt, dass die gewählte Obrigkeit zu Hause von einer nicht abwählbaren noch höheren Obrigkeit aus dem Ausland in die Pflicht genommen wurde.

Dass der Willkommensgruß an die etwa 30 Millionen Neubürger der EU nur lauwarm ausfiel, kann man in Südosteuropa verschmerzen. Er sei sich darüber im Klaren, sagte Rumäniens Staatspräsident Basescu dieser Tage in einem Interview, dass die Bürger der EU-Staaten „eine gewisse Schicht von Rumänen“ ablehnten, etwa Einbrecherbanden oder Menschenhändler. Doch diese Schicht werde auch von der Mehrheit der Rumänen abgelehnt. Als ungerechtfertigt bezeichnete Basescu die Darstellung, laut der die beiden neuen Mitglieder auf Jahrzehnte nur Kostgänger der Nettozahler bleiben werden, weil es doch ohnehin zumeist Firmen aus dem alten Europa seien, die durch ihre besseren Ausgangsbedingungen den Zuschlag für große EU-Projekte erhielten. „Das heißt auch, wir werden akkurat prüfen, ob bei den westeuropäischen Firmen das EU-Geld in die richtigen Taschen fließt“, kündigte Rumäniens Präsident an. Die Erweiterungsskepsis gelte außerdem nicht Rumänien, sondern vor allem der Struktur der EU, die bürokratischer statt effizienter geworden sei. Daher will sich Basescu, dessen Land sicher nicht zur EU gestoßen wäre, hätten darüber Referenden in den Mitgliedstaaten abgehalten werden müssen, nun für Volksabstimmungen vor künftigen Erweiterungen einsetzen.

Allerdings werden die Regierenden in beiden Ländern zunächst wohl andere Sorgen haben. Damit die Erleichterung über den glücklich gelungenen Beitritt in Sofia und Bukarest nicht in Reformmüdigkeit mündet, hat die EU nämlich vorsichtshalber mit der Anwendung der Schutzklauseln aus den Artikeln 38 und 39 des Beitrittsvertrages gedroht. Dies kann unter anderem bedeuten, dass die Urteile der Justiz der Länder in anderen EU-Staaten nicht anerkannt werden. Weitaus schmerzhafter wäre es jedoch für die Neumitglieder, hielte Brüssel aus begründetem Zweifel an deren korrekter Verwendung Fördermittel für die Landwirtschaft zurück - was bei der Kommission durchaus für möglich gehalten wird. „Das wäre ernster als alles andere“, sagte der ehemalige bulgarische Finanzminister Weltschew jüngst in einem Gespräch mit dieser Zeitung. Freilich wäre der Schritt laut Weltschew auch unbegründet: „Wir akzeptieren natürlich die Möglichkeit, dass noch Monate nach unserem Beitritt Schutzklauseln angewendet werden können, wenn wir unsere Verpflichtungen nicht erfüllen. Aber Bulgarien hat es nicht verdient, dass die Klauseln sofort angewendet werden, denn wir haben genug Fortschritte gemacht.“

Doch schon in der letzten Sitzung vor der Weihnachtspause beschloss die Europäische Kommission, die Schutzklausel für den Binnenmarkt auf bulgarische Fluggesellschaften anzuwenden. Wegen Sicherheitsmängeln und einer unzureichenden Überprüfung von Personal und Material durch die zivile

Luftfahrtbehörde werden sie bis auf weiteres wie Fluggesellschaften aus Drittstaaten behandelt.

Für Enttäuschung und Kritik sorgten in Bulgarien und Rumänien zudem die bereits in Kraft getretenen Einschränkungen für die Neumitglieder, etwa die Beschränkung der Freizügigkeit. Mit einem vollen Zugang zum deutschen Arbeitsmarkt hatte ohnehin niemand gerechnet, aber dass auch Großbritannien oder Irland, die ihre Arbeitsmärkte für die 2004 beigetretenen Staaten noch geöffnet hatten, Rumänen und Bulgaren nun nicht mit offenen Armen empfangen wollen, ist als ungerecht empfunden worden. Nur Schweden und Finnland haben keine Einschränkungen beschlossen.

Tatsächlich ist ein großer Strom auswanderungswilliger Rumänen und Bulgaren in die Metropolen der EU unwahrscheinlich - die meisten derer, die dorthin wollen, sind schließlich schon dort. Geschätzt wird, dass schon jetzt etwa zwei Millionen Rumänen und 800 000 Bulgaren im Ausland leben und arbeiten. Außerdem sind in beiden Ländern die bittersten Jahre vorbei. Zwar ist die Lage auf dem Lande noch immer schwer, und viele Dörfer sterben einen Tod auf Raten durch Entvölkerung. Zum Beispiel in Sofia aber herrscht mittlerweile fast Vollbeschäftigung, und um gut ausgebildete Fachkräfte reißen sich die Arbeitgeber.

Als schwierigste Aufgabe des ersten Jahres der Mitgliedschaft sehen viele Beobachter daher auch nicht die weitere Anpassung der Wirtschaft an den Wettbewerbsdruck in der EU, sondern die Korruptionsbekämpfung, die das Vertrauen der Bürger zum eigenen Staat erfordert. Behördenregeln für die korrekte Ausschreibung von Bauprojekten ließen sich in einem halben Jahr etablieren, der Wandel der Einstellung zur Bestechlichkeit sei hingegen eine Frage von Jahrzehnten, sagte dazu jüngst Iwan Krstew, Direktor des Zentrums für liberale Studien in Sofia: „Das ist das Problem mit den EU-Fortschrittsberichten. Sie suggerieren, eine Gesellschaft könne binnen kurzer Zeit verändert werden. Das stimmt aber nicht.“

Krstew war es auch, der schon vor längerer Zeit voraussagte, dass die EU durch die ihre jüngste Erweiterung nicht nur abermals „östlicher“, sondern zugleich auch „amerikanischer“ oder „transatlantischer“ werden wird. Tatsächlich haben die reformorientierten und antikommunistischen Eliten in beiden Staaten in den vergangenen Jahren größeres Verständnis für die amerikanische Politik gezeigt als die meisten Politiker in den Altmitgliedstaaten. Rumänien und Bulgarien haben Soldaten in den Irak entsandt, was auch auf eine „Kluft in der Wahrnehmung“ im Vergleich zum „alten Europa“ hindeute, die sich laut Krstew schon viel früher aufgetan hat: „In Westeuropa war der Geist von 1968 anti-amerikanisch und antikapitalistisch. In Osteuropa dagegen war 1968 antikommunistisch und proamerikanisch.“